

Nahbarer Volksvertreter: Urugays Präsident Yamandú Orsi KLEBHER VASQUEZ/IMAGO

Haben Sie sich schon mal in Montevideo gestritten?

In den USA und bei uns liegt die Polarisierung der Politik in der Luft. Da lohnt sich ein genauer Blick nach Uruguay: Dort trägt man Differenzen mit Vernunft und Gelassenheit aus

KATJA HOYER

Ging nie durch San Francisco in zerrissnen Jeans“, sang Udo Jürgens in seinem berühmten Schlager von 1982, in dem der Protagonist darüber fantasiert, seinem bürgerlich-spießigen Alltag in Deutschland zu entfliehen und das Abenteuer in Amerika zu suchen.

Die Zeile ging mir vor zwei Wochen durch den Kopf, als ich wegen einer Historiker-Konferenz auf Reisen war und tatsächlich in Jeans (wenn auch nicht in zerrissenen) durch San Francisco lief. Doch in den USA sucht man heute vergeblich nach jener Gelassenheit, nach der man sich im „neonhellen“ westdeutschen Treppenhaus gesehnt haben mag. Wer heute dem gesellschaftlichen Klima in Deutschland entfliehen möchte, dem sei ein weniger besungenes Land in Südamerika ans Herz gelegt.

Nur hinter vorgehaltener Hand

Natürlich hat sich San Francisco bis heute viel von dem relaxten Charme bewahrt, auf den das Udo-Jürgens-Lied abhebt. In den 1960er-Jahren das weltweite Zentrum der Hippie-Bewegung, merkt man der Stadt auch heute noch an, dass man dort an der Westküste weit vom politischen Machtzentrum in Washington, D.C., entfernt ist.

Dennoch ist im Zeitalter von Donald Trump selbst im Mekka des „Summer of Love“ von 1967 eine deutliche Anspannung zu spüren. Als ich mit zwei befreundeten Einheimischen im North-Beach-Viertel, dem Little Italy von San Francisco, in einem sizilianischen Restaurant saß, wurde nur hinter vorgehaltener Hand über Politik geredet.

Bei der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten 2024 haben in San Francisco nur rund 15 Prozent der Wahlberechtigten für Trump gestimmt. Der US-Präsident ist hier so unbeliebt, dass anscheinend selbst das Aussprechen seines Namens in der Öffentlichkeit gemieden wird. Man redet quasi wie bei Harry Potter von dem, dessen Name nicht genannt werden darf.

Auch in San Francisco, das als die entspannteste Stadt der USA gilt, liegt die Polarisierung der Politik in der Luft. Viele vermeiden mittlerweile den Diskurs, anstatt ihn zu suchen.

Als ich mich ein paar Tage später in Südamerika wiederfand, vermutete ich dort ähnliche Verhältnisse. Ich war in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, zur internationalen Buchmesse eingeladen und hatte mich vorher nicht wirklich mit den politischen Gegebenheiten dort beschäftigt. Aber Uruguays Nachbarländer sind beide stark polarisiert.

In Argentinien herrscht mit Javier Milei ein ultralibertärer Populist, der mit der Kettensäge im Wahlkampf die öffentliche Meinung spaltet. In Brasilien werfen sich die beiden Präsidentschaftskandidaten Luiz Inácio Lula da Silva und Flávio Bolsonaro Worte wie „Halunke“, „Lügner“ und „Clown“ an den Kopf. Ich vermutete also in Uruguay, das zwischen diesen beiden streitbaren Ländern liegt, eine ähnlich aufgeheizte Stimmung.

Damit lag ich völlig falsch. Schon beim ersten Mittagessen erklärte mir ein einheimischer Journalist, dass man in Uruguay mit Unbehagen auf die beiden lauten Nachbarn schaue. Solche Verwerfungen wolle man im eigenen Land nicht, das manchmal wegen seiner ruhigen und stabilen Verhältnisse auch „die Schweiz Südamerikas“ genannt wird. Hier handele man Dinge vernünftig aus.

Die Politiker pflegten einen freundlichen Umgang miteinander, auch über Parteigrenzen hinweg, und sie versuchten, alle Menschen anzusprechen, nicht nur die eigenen Wähler. „Ach, wenn das doch nur in Deutschland auch so wäre“, seufzte eine Dame mit deutschen Wurzeln, die mit am Tisch saß.

Die Politiker pflegten einen freundlichen Umgang miteinander, auch über Parteigrenzen hinweg.

Das wollte ich genauer wissen. Deutschland soll also von Uruguay etwas über demokratische Diskussionskultur lernen? Dabei gibt Deutschland doch selbst so viel Geld für die „Demokratieförderung“ im In- und Ausland aus. Aber vielleicht würde es sich tatsächlich lohnen, mal innezuhalten und den Kommunikationsfluss umzukehren.

Uruguay hat viel zu bieten, was den Umgang mit politischen Differenzen angeht. Zwar hat das Land auch furchtbare Erfahrungen politischer Gewalt hinter sich – ein Staatsstreich 1973 löste eine knapp zwölfjährige Phase einer zivil-militärischen Diktatur aus –, aber dennoch sind demokratische Traditionen im Land sehr alt und gut eingespielt.

Mit einer neuen Verfassung von 1917 wurde Uruguay das erste Land in ganz Amerika, und eines der ersten der Welt, das Frauen das allgemeine Wahlrecht gewährte. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es ein Mehrparteiensystem. Historisch bestimmten die politischen Parteien Partido Nacional und Partido Colorado die Geschicke des Landes.

Beide wurden schon 1836 gegründet, Jahrzehnte bevor die SPD als Deutschlands älteste große Partei auf den Plan trat. In den 1970er-Jahren kam noch das linke Parteienbündnis Frente Amplio dazu, dem der amtierende Präsident Yamandú Orsi angehört. In einer Welt, in der die meisten Länder eine starke Polarisierung und einen Trend hin zu neuen Parteien erleben, sticht Uruguay als Gegenbeispiel heraus.

Als Orsi 2024 gewählt wurde, sagte er sofort, er wolle Präsident aller Menschen im Land sein, auch derer, die ihn nicht gewählt hätten. Er wolle ein „integriertes Land bauen, in dem wir unsere Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg räumen und niemanden zurücklassen, weder wirtschaftlich noch sozial oder politisch“. Anders als viele deutsche Politiker mischt sich Orsi unter die Leute, wird in Cafés gesehen oder läuft durch die Straßen.

Aber auch Uruguay kann nicht allen Problemen mit einem freundlichen Gesicht begegnen. Während sich der öffentliche Diskurs weiter ruhig abspielt, wächst unter der Oberfläche Unmut.

Die größten Themen sind öffentliche Sicherheit und Lebenshaltungskosten. Wohnungen und Nahrungsmittel sind teuer im Vergleich zu den Durchschnittslöhnen. Und die neuesten Umfragen zeigen, dass mittlerweile 57 Prozent der Menschen mit Orsi unzufrieden sind, egal wie oft er sich mit ihnen ins Café setzt.

Uruguay ist also auch kein politisches Paradies. Dennoch scheint sich die Unzufriedenheit auf die politischen Entscheidungen beziehungsweise auf deren Ausbleiben zu konzentrieren und eben nicht die parteipolitischen Strukturen zu erschüttern. Die Menschen, mit denen ich in Montevideo sprach – berufsbedingt auch viel über die Weimarer Republik –, scheinen anders als in Deutschland ihr Grundvertrauen in die politische Landschaft an sich nicht verloren zu haben, weil sie das Gefühl haben, dass die Politik sich weiter mit ihren Problemen beschäftigt. Man verweist noch immer stolz auf politische Traditionen und den gepflegten Umgangston.

Der Kontrast zwischen den Gesprächen mit Uruguayern und Deutschen vor Ort hätte größer nicht sein können. Während mir die einen stolz von ihrer demokratischen Kultur erzählten, diskutierten die anderen genervt den Stillstand in der schwarz-roten Koalition und ihre Sorgen um den Verfall der Debattenkultur.

Aber auch in Uruguay ist gute Kommunikation kein Allheilmittel. Wenn die Lebenshaltungskosten weiter steigen, die Unsicherheit im öffentlichen Raum nicht zurückgeht, wird auch dort irgendwann ein Pessimismus einsetzen, der am Vertrauen in die Institutionen nagt. Die Stimmung mag dort weniger aufgeheizt sein, aber in beiden Ländern gilt: Wenn die Situation objektiv schlechter wird, wenden sich die Wähler ab.

Ohne permanenten Kampf

Udo Jürgens besang einst die Sehnsucht nach einem anderen Leben jenseits der deutschen Spießigkeit. Gut vier Jahrzehnte später scheint die Romantik amerikanischer Abenteuer verflogen. Stattdessen wächst die Sehnsucht nach einer Politik, die weniger aufreibt und Probleme konstruktiver angeht.

In Montevideo habe ich eine Ahnung davon bekommen, dass es anders gehen kann. Auch in Uruguay läuft nicht alles rund, aber man scheint dort noch eher darauf zu vertrauen, dass sich politische Differenzen mit Vernunft und Gelassenheit austragen lassen. Das garantiert keine besseren Entscheidungen, doch es schafft die Voraussetzung dafür, dass politische Auseinandersetzungen nicht zum permanenten Kampf werden, aus dem sich immer mehr Menschen zurückziehen.

Vielleicht könnte Deutschland von Uruguay lernen, dass politische Entschlossenheit und ein offenerer Umgang miteinander kein Widerspruch sein müssen. Dass wir Friedrich Merz mit einem Cappuccino in der Hand im Kiezcafé antreffen, dürfte allerdings die Ausnahme bleiben.



Katja Hoyer, geboren 1985 in Guben, ist Historikerin und Autorin. Sie lebt in Großbritannien, wo sie am King’s College London forscht und Fellow der Royal Historical Society ist. Jüngst erschien ihr Buch „Weimar. Glanz und Grauen der deutschen Geschichte“.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung der Autorin und des Verlages.